

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 48 (1969)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Die erloschene Gemeindepolitik  
**Autor:** Altenweger, Alois  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338084>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **Die erloschene Gemeindepolitik**

Die Politik hat die Gemeinde verlassen; denn ihr natürlicher Spielraum, das Spannungsfeld zwischen verschiedenen Auffassungen über die Durchsetzung des Staatszweckes auf Gemeindeebene, ist zusammengezurückgefahren, die Auffassungen sind deckungsgleich geworden.

Weder konnte eine sozialistische Gemeindepolitik aus den Gemeinden eine Avantgarde künftigen Staats- und Gesellschaftslebens machen, noch hat sich die Gemeinde als «Bollwerk demokratischer Gemeinschaft» erwiesen. In der Reihe der gängigsten Fehlurteile sticht die offenbar besonders einleuchtende Behauptung hervor, die Gemeinde sei für Bürger und Politiker gleichermaßen eine Schule der Demokratie. Mit dem Begriff Schule gewinnt das Bild sofort Dimension und Farbe: Auch in der Politik muss man von vorne anfangen, zuerst das Elementare erlernen und die Voraussetzungen für Schwierigeres gewinnen.

Und was lernt der Politiker wirklich? Zuerst muss er sich daran gewöhnen, dass die Verwaltung und ihre exekutiven Organe keinerlei Abhängigkeitsverhältnisse sachlicher, direkter Art zum Politiker aufweisen. Seine Tätigkeit kräuselt im besten Falle die Oberfläche, normalerweise vollzieht er das Ritual demokratisch-parlamentarischen Formalismus. Dazu gehört die zweite Voraussetzung, dass der Gemeindepolitiker lernt, sich selber, seine Sitzungen, Akten und Protokolle bitterernst zu nehmen. Wer auch nur den leichtesten Hauch von Ironie einfliessen lässt, macht sich damit untauglich.

Warum stimmen die Gemeindepolitiker «immer» zu, wie der eine oder andere Bürger schon missmutig festgestellt haben mag. Weder mangelnde Information noch fehlende Sachkenntnis zwingen den Politiker «dauernd» dafür zu sein; denn Information und Kenntnisse zur Verfügung zu halten ist nur ein technisches Problem; den ursächlichsten und unausrottbaren Grund habe ich am Anfang genannt: dem Politiker ist die Politik abhanden gekommen.

Denn was macht er, wenn er pflichtbewusst und redlich sein Amt ausüben will? Er arbeitet sich in die Materie ein, vertieft sein Wissen und seine Kenntnisse um die Gemeinschaftsaufgaben. Er füllt sich mit Detailkenntnissen über Gemeindeprobleme und verlangt bei den Beratungen Details. Durchmesser und Gefälle von Kanalisationen sind ihm ebenso geläufig wie die Probleme des Sichtbetons beim Schulhausbau und die Unterhaltskosten einer Oberflächenteerung. Und was ist die unausweichliche Folge? Je mehr sich der Politiker einarbeitet, desto besser versteht er die Entscheidungen und Vorschläge der Verwaltung, er versteht bald soviel davon, dass er sich nur noch der aus der Sache rührenden Logik

beugen kann und Entscheidungen, welche dieser Logik entspringen, als richtig anerkennt. Damit hat er den gemeinsamen Nenner mit der Verwaltung erreicht und ist dergestalt umfunktioniert, dass er faktisch den Status eines ehrenamtlichen Verwaltungsangestellten erworben hat.

Wenn er seine Lage erkannt hat, was bleibt ihm dann noch übrig? Soll er an sein Pflichtgefühl appellieren und ausharren (dies würde aber voraussetzen, dass seine Tätigkeit ihm doch noch eine sinnvolle Genugtuung verschafft) oder sich zu einem eifernden, kleindimensionalen Dorfpolitiker entwickeln? Schliesslich bliebe ihm noch das Eingeständnis, dass eine politische Tätigkeit in der Gemeinde nicht mehr möglich ist, weil es eben keine Politik mehr gibt. Die Funktionäre haben die Gemeinde übernommen.

Die praktisch eingetretene Umwertung des Politikers zum Bestätigungsbeamten schafft in dem Politiker unterschwellige Unlustgefühle, einerseits Resignation und spontanes Aufbegehren, andererseits verschärfen sich seine aggressiven Anlagen. Die Erbitterung entlädt sich jedoch nicht in Debatten mit dem «politischen» Gegner, der ebenfalls nur Leidensgefährte ist, sondern gegen den kritzelnden und nörgelnden Bürger – seien es Leitartikelschreiber oder Stammtischler –, der in seiner Unkenntnis über die hilflose Lage des Politikers treffliche Bemerkungen über den «politischen Betrieb» macht. Ist es dabei verwunderlich, wenn höhergediente Politiker unduldsam-autoritäre Züge entwickeln können?

Das ist die Schule der Gemeindepolitik: der Politiker kostet das bittere Gefühl der Ohnmacht, des Überzähligen, voll aus. Sein politischer Sinn verkümmert, sein Wagemut und seine Schaffensfreude versiegt, grundsätzliches Durchdenken bleibt hoffnungslos in der alltäglichen pseudo-politischen Kleinarbeit stecken. Wen wundert es dann, wenn unsere nationale Politik zur Gemeindepolitik auf Bundesebene geschrumpft ist? Abgesehen von der totalen Überlastung unserer National- und Ständeräte, haben vor allem erstere noch keinen Blick für die nationale Dimension gewonnen, vielmehr werden nationale Probleme, die ihrer Natur nach sich aus der Existenz eines Bundesstaates entwickeln und nur in diesem Rahmen ihre Lösung fordern und finden, solange geteilt und auseinandergenommen, bis die Lösungen das handlich kantonal-kommunale Kleinformat angenommen haben. So siegte wieder die Detaillistentmentalität des Gemeindepolitikers und der vielfach missbrauchte Mantel des Föderalismus deckte ein weiteres Mal beschränktes Handeln.

Ein weiterer erkenntnistheoretischer Fehlschluss ist der Glaube, der Bürger geniesse durch die Überschaubarkeit der kommunalen Verhältnisse den Vorzug der direktesten demokratischen Mitwirkung an den Gemeindegeschäften. Weit gefehlt: Der Bürger hat sich diese Freiheit der alternativen Entscheidung durch die eigenen Ansprüche an die Dienstleistungen der Gemeinde genommen. Schulhäuser, geteerte Strassen, öffentliche Beleuchtung und Kanalisationen, Gesundheitsdienst, Abfuhrwesen und

Sportanlagen sind nur noch eine Frage der Statistik: Bei einem gewissen Wachstum der Bevölkerungsziffer ist vorauszusehen, wann welches Projekt reif sein wird. Verwerfen durch die Volksabstimmung bedeutet verzögern; denn der Bürger verzichtet nicht auf die Erfüllung seiner immer mannigfaltigeren Bedürfnisse, sondern er verwirft nur eine mögliche Realisierungsform.

*Dr. Robert Kehl*

## **Die Ulmer Denkschrift**

### I.

Vor einiger Zeit haben etwa 400 deutsche Ärzte, darunter viele Professoren und Chefärzte von Frauenkliniken, an das deutsche Bundes-Gesundheitsministerium eine Denkschrift gerichtet, mit der hauptsächlich den modernen Bestrebungen entgegengewirkt werden sollte, nach denen der Verkauf von und die Werbung für die Antibaby-Pille freigegeben werden sollen.

Diese Denkschrift ist kürzlich von der «Aktion Sorge um Deutschland» in einer geschickt aufgemachten Broschüre veröffentlicht und den massgebenden Persönlichkeiten zugestellt worden. Die Veröffentlichung dürfte durch die päpstliche Enzyklika beziehungsweise durch die Kreise veranlasst worden sein, welche sich die Anerkennung dieser Enzyklika durch die katholische Bevölkerung und das Verständnis für dieselbe bei der nicht-katholischen zum Ziele gesetzt hat.

### II.

Dieser Denkschrift kommt viel grösere Bedeutung zu, als man auf den ersten Blick annehmen möchte. Sie ist meines Erachtens ein Markstein im – wie man es nennen möchte – Sexualkulturkampf, der schon seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten im Gange und heute in eine Art Endphase getreten ist. Sie hält nämlich den traditionellen Standpunkt nochmals mit zum Teil sehr prägnanten Formulierungen fest, und überdies geht sie, wie sie selber ausführt, in einer allgemeinen «Besinnung auf das Welt- und Menschenbild» auf die letzten Grundlagen der bisherigen Sexualkonzeption zurück. Sie packt das ganze Problem auch wirklich sehr grundsätzlich und von den Fundamenten her an und ruft damit ins Bewusstsein, dass es sich hier letztlich um eine Art Kulturkampf handelt.